

# Sterbehilfe: Regierung ist uneins

Regierungsrat Thomas Heiniger will keine Vereinbarung mit Sterbehilfeorganisationen unterzeichnen. Er hält dies «für den falschen Weg». Die Richtlinien werden demnächst dennoch unterschrieben – der Gesamtregierungsrat will es so.

**ZÜRICH** – Der Zürcher Regierungsrat will auf kantonaler Ebene «Standesregeln für Suizidhilfeorganisationen» erlassen. Dies hielt die Kollegialbehörde im März 2007 auf eine dringliche Anfrage aus dem Kantonsrat fest.

Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) weicht nun in einem Interview mit der NZZ von dieser Meinung ab. Eine Vereinbarung mit einer privaten Sterbehilfeorganisation stuft er als «falschen Weg» ein. Eine Sonderregelung für den Kanton hält

reif vor.» Es werde einzig noch um einzelne Formulierungen gerungen.

Trotz Einwand des Gesundheitsdirektors werden im Kanton also bald die landesweit ersten Standesregeln für Sterbehilfeorganisationen erlassen. Laut Justizdirektion dürfte die Oberstaatsanwaltschaft und Exit das Papier genehmigen (Dignitas nahm an den Verhandlungen nicht teil).

Ein Vorgehen, das Regierungsrat Thomas Heiniger trotz grundsätzlicher Bedenken nicht ablehnt: «Wie-

weit Justiz und Strafverfolgung Zürcher Regeln vereinbaren wollen, muss ihnen überlassen bleiben.»

## Unsicherheiten ausräumen

Exit, die landesweit grösste Sterbehilfeorganisation, sei an diesen Standesregeln interessiert, sagt deren Präsident Hans Wehrli. Wegen der «schwankenden Haltung» des Gesundheitsdirektors konnte er die Vereinbarung nicht wie erhofft schon an der Exit-Generalversammlung vom 9. Mai vorstellen. Dabei könnte diese ein Modell für den Umgang mit Suizidhilfe in anderen Kantonen werden, wie er in früheren Interviews erklärt hatte. Gestern betonte Wehrli, dass die rechtliche Grauzone Behör-

den, Ärzte und Juristen verunsichere. Mit der vorgesehenen Vereinbarung könnte diese ausgeräumt werden.

Der Zürcher Gesamtregierungsrat versteht seine geplanten Richtlinien als «Zwischenschritt», bis die Suizidhilfe auf eidgenössischer Ebene geregelt ist. Das geltende Bundesrecht hält er gemäss seiner schriftlichen Antwort von 2007 für «kaum ausreichend, um einen möglichen Missbrauch wirksam auszuschliessen und eine sorgfältige Kontrolle zu gewährleisten».

In der Zürcher Vereinbarung sollen deshalb unter anderem die Abläufe bei der Suizidhilfe klar geregelt werden. Sie fordert zudem, dass die Organisations- und Kostenstrukturen offengelegt werden. OLIVER GRAF



«Eine Sonderregelung der Suizidhilfe für Zürich ist heikel»

Thomas Heiniger

er aus Sicht seiner Gesundheitsdirektion für heikel. Die Grundlagen, etwa die Empfehlung der nationalen Ethikkommission und die Rechtsprechung des Bundesgerichts, seien für die ganze Schweiz gültig. Zudem werde in Bundesbern derzeit nach landesweiten Lösungen gesucht.

## Fahrplan bleibt unverändert

Bei der Justizdirektion, der zweiten involvierten kantonalen Stelle, runzeln die Verantwortlichen die Stirn. Überrascht habe man von diesen Aussagen Kenntnis genommen, sagt der Kommunikationsbeauftragte Michael Rüegg. «Immerhin handelt es sich bei der Erarbeitung der Vereinbarung um einen sehr langen Prozess, an dem auch die Gesundheitsdirektion aktiv beteiligt war.»

Ändern wird sich laut Rüegg am Fahrplan nun aber nichts. «Die Vereinbarung liegt praktisch unterschritts-



Der Gesamtregierungsrat will Richtlinien zur Suizidhilfe. Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger hat Bedenken. Bild: key

## «Mein Bauch sagt: Ich habe 50 Prozent Wahlchance»

Auch die Grünliberalen wollen nächstes Jahr in den Zürcher Stadtrat. Am Donnerstagabend haben die Mitglieder die 50-jährige Denise Wahlen einstimmig nominiert.



Kandidatin Denise Wahlen. Bild: pd

*Frau Wahlen, Sie sind fast nicht bekannt. Wie wollen Sie Ihre Konkurrenz, die aus bestehenden Politikern besteht, ausstechen?*

**Denise Wahlen:** Unbekannt bin ich nicht, denn ich habe mich mit einer Volksinitiative erfolgreich engagiert für die «Husi». Andererseits ist Bekanntheit nicht alles. Ich habe während der Standaktionen im Kantonsratswahlkampf festgestellt, dass der Ruf nach unverbrauchten Politikerinnen und Politikern gross ist. Unser grünliberales Profil kommt gut an. Jetzt möchten wir auch politische Verantwortung übernehmen.

*Wie hoch schätzen Sie Ihre Wahlchancen ein?*

Mein Bauch sagt mir: 50 Prozent.

*Drei Stadträte (2 SP, 1 FDP) treten zurück. Welchen Sitz greifen Sie an?*

Wir wollen vor allem Wahlabstinenzler abholen und für Wähler, die eine ökologische Mitte wollen, eine Alternative anbieten. Ich stelle allerdings fest: Die FDP war bisher in der Stadtregierung gemäss Wähleranteil übervertreten.

*Mit wem können Sie sich eine Wahlallianz vorstellen?*

Am ehesten mit den Mitteparteien EVP und CVP. Vielleicht kommen wir auch mit der FDP ins Gespräch. Mit den Grünen wohl eher nicht, da gibt es noch zu viele Ressentiments.

*Aber die CVP zittert mit Gerold Lauber selber um ihren Sitz, und die FDP greifen Sie ja an?*

Wir stehen ja erst am Anfang von möglichen Allianzgesprächen. Unsere Strategie steht noch nicht fest – ich bin ja erst am Donnerstag nominiert worden.

*Was ist Ihr Hauptwahlkampfthema?*

Die 2000-Watt-Gesellschaft. Das Stadtzürcher Stimmvolk hat einen mutigen Passus in die Gemeindeordnung aufgenommen. Jetzt geht es darum, wie wir dieses ökologische Ziel mit ökonomischen Anreizen erreichen können. Stichworte dazu sind Gebäudesanierungen und erneuerbare Energien. Das sind nachhaltige Ansätze, weil mit ihnen auch Arbeitsplätze geschaffen werden und Geld in die Schweizer Wirtschaft und Forschung fliessen wird. INTERVIEW: PASCAL UNTERNÄHRER

## Obergericht senkt Strafe für Drogenschmuggler

Ein Pole, der Kokain in die Schweiz schmuggeln wollte, erhält vom Obergericht eine sechsjährige Freiheitsstrafe. Ein Jahr weniger als von der ersten Instanz.

**ZÜRICH** – Es war einer der grössten Erfolge der Zürcher Flughafenpolizei: Am 23. Oktober 2007 kontrollierten Grenzbeamte zwei verdächtige polnische Touristen aus der Dominikanischen Republik. Ein Glücksgriff: Beide Osteuropäer trugen eine sehr grosse Menge Kokain auf sich. Einer der Männer hatte rund 20 Kilogramm in seinem Rollkoffer versteckt. Der andere hatte seinen Rucksack mit weiteren 18 Kilogramm aufgefüllt. Mit einem Reinheitsgrad von rund 83 Prozent war den Behörden hochwertiges Rauschgift für über 7,6 Millionen Franken in die Hände gefallen.

## «Goldene Ausrede» zog nicht

Bereits vor drei Wochen hatte sich der mutmassliche Haupttäter vor dem Zürcher Obergericht zu verantworten. Der einschlägig vorbestrafte Drogentransporteur kassierte damals eine hohe Freiheitsstrafe von sieben Jahren. Dies nicht zuletzt deshalb, weil der heute bald 30-jährige Pole die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft trotz des Drogenfonds hartnäckig leugnete und behauptete, er habe gemeint, «nur» an einem illegalen Goldtransport beteiligt zu sein. Er sei von seinen Hintermännern hinters Licht geführt worden, sagte er. Allerdings vergeb-

lich. Die «goldene Ausrede» zog beim Obergericht nicht.

Gestern nun stand der zweite Transporteur vor Obergericht. Im Gegensatz zu seinem Landsmann legte er ein umfassendes Geständnis ab. Der heute 33-jährige Carrosseriespenger hatte bereits im August 2008 am Bezirksgericht Bülach eine Freiheitsstrafe von sieben Jahren erhalten. Nun hoffte er durch seine Einsicht auf eine deutliche Strafsenkung. Der aus ärmlichen Verhältnissen in Ostpolen stammende Mann machte finanzielle Motive für den Transport geltend. Er hätte in Zürich von der Russenmafia eine Belohnung von 15000 Euro erhalten, gab er zu Protokoll.

## Ein Jahr Rabatt

Die Verteidigerin bezeichnete ihren Mandanten als klassischen Mitläufer, der im Gegensatz zum Hauptbeschuldigten eine untergeordnete Rolle gespielt habe. Deshalb sei eine Strafsenkung auf noch vier Jahre Freiheitsstrafe angemessen, fand sie.

Die Oberrichter schätzten die Rollenverteilung des Duos gleich ein wie die Verteidigerin. Allerdings kam für sie eine Reduktion von drei Jahren nicht in Frage. Das Verschulden wiege angesichts der grossen Drogenmenge immer noch schwer bis sehr schwer, sagte einer der Oberrichter. Somit kam es zu einer Strafsenkung auf noch sechs Jahre Freiheitsstrafe. Davon hat der Angeklagte bereits 608 Tage verbüsst. Dank dem Rabatt von einem Jahr wird er seine Heimat voraussichtlich Ende 2011 wieder sehen. IATILIA SZENOGRADY

## STATISTIK FÜR LIEBHABER

### Sind Schafe Stadttiere?

1	Stadt Zürich	2021
2	Dübendorf	985
3	Bülach	903

Anzahl Schafe (2007)

Schafe wohnen offensichtlich lieber in der Stadt: Die grösste Schafherde ist gemäss der Statistik von 2007 in der Stadt Zürich zu Hause. Die erste Landgemeinde folgt weit abgeschlagen erst auf Rang 5 (Wila mit 635 Tieren). Im ganzen Kanton leben 20886 Wolltiere. Wo grasen denn all diese Lämmer, Hammel und Böcke in Zürich? Um diese Frage zu beantworten brauchte selbst die Zürcher Stadtverwaltung einige Tage. Des Rätsels Lösung: Auf der Allmend Brunau wurde bis vor Kurzem eine riesige Schafherde gehalten, die auf den Wiesen entlang der Sihl ihr Futter fand. Das ist aber Vergangenheit. Die Schafe haben auf der als Naherholungsgebiet neu gestalteten Allmend keinen Platz mehr und sind weggezogen. In der städtischen Statistik sind für das Jahr 2008 deshalb gerade noch 248 Tiere verzeichnet. (bä)

[www.statistik.zh.ch](http://www.statistik.zh.ch)

## AUFGEFALLEN

### Polizei und Medien im selben Boot

*Es liegt schon fast in der Natur der Sache, dass sich Medien zuweilen über die in ihren Augen zu zurückhaltende Informationspolitik der Polizei beklagen. Nun können wir über ein gegenteiliges Beispiel berichten. Gestern nämlich haben gleich zwei Mitarbeiter vom Mediendienst der Kantonspolizei zum selben Ereignis ihre Version verschickt. Die Kurzfassung des Ereignisses in eigenen Worten: Im Pfäffiker Schulhaus Pfaffberg ist übers vergangene Wochenende eingebrochen worden. Die unbekannt Täter haben elektronische Geräte mitgehen lassen.*

*Wie bei zwei Journalisten, die über denselben Anlass unterschiedlich berichten, interessierte uns natürlich, wer wie und wie ausführlich über den Einbruch schreibt. Kapo-Sprecher 1 war schneller. Seine Mitteilung traf 9 Minuten vor jener von Kapo-Sprecher 2 ein. Und der Schnellere ist auch der Ausführlichere. Dafür hat er einen Stolperer drin. So schreibt er, dass die Täterschaft «zwischen 22.30 Uhr und 22 Uhr ein WC-Oberlichtfenster im ersten Obergeschoss» des Schulhauses eingeschlagen hat. Klar wird die Zeitangabe nur, wenn im Abschnitt zuvor das «zwischen Samstagabend und Sonntagabend» registriert wurde. Dem Sprecher 2 genügt übrigens die Angabe «WC-Fenster». Das Geschoss findet er weniger wichtig. Über den Deliktobetrag herrscht Einigkeit, doch ist die Herangehensweise unterschiedlich: Sprecher 1 schreibt von «über 27000 Franken», Nummer 2 von «gegen 30000 Franken». Letzterer liebt die Details weniger: «Mit mehreren Computern und anderen elektronischen Geräten verliesen die Einbrecher das Objekt», schreibt er, während Sprecher 1 «Beamer, Laptops, Lautsprecher und Video-Recorder» aufzählt. Noch ein letzter Unterschied: Medienpolizist 1 scheint der angerichtete Sachschaden (4000 Franken) eine Erwähnung Wert, dem zweiten nicht. Dafür geben für weitergehende Informationen beide dieselbe Telefonnummer an. Übrigens: Wenn dieselbe Meldung zweimal in der Zeitung erscheint, nennen wir das Missgeschick «Doublette» und ärgern uns auch. (pu)*